



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 3. Juni 2024

Der Kantonsrat hat mit 132 Stimmen ein neues Mitglied des Obergerichts für den Rest der Amtsdauer 2019–2025 gewählt ([KR-Nr. 15/2024](#)).

Der Kantonsrat hat Gianna Berger (AL, Zürich) als Mitglied der WAK gewählt ([KR-Nr. 162/2024](#)). Sie ersetzt Judith Stofer.

Der Kantonsrat hat dem Gesuch eines Obergerichters um Bewilligung einer Nebenbeschäftigung diskussionslos zugestimmt ([KR-Nr. 71/2024](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 169 zu 0 Stimmen einer Vorlage zugestimmt, mit welcher der Regierungsrat eine Motion von FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer und Mitunterzeichnenden im Kinder- und Jugendheimgesetz umsetzt ([KR-Nr. 209/2019](#)). Es geht darum, dass die Gemeinden bei Erziehungshilfen ausschliesslich die Kosten der Leistungserbringer übernehmen und nicht auch noch die administrativen Kosten mitfinanzieren, die dem Kanton dabei entstehen.

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 165 zu 0 Stimmen dem Gesetz über den Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern zugestimmt ([5903](#)). Dabei handelt es sich um eine Finanzierungsvereinbarung der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren. Sie kommt zur Anwendung, wenn Kinder und Jugendliche ausserhalb ihres Wohnkantons hospitalisiert werden und dort eine Spitalschule besuchen.

Der Kantonsrat hat das dringliche Postulat betreffend «Rückzahlung von zu viel bezahlten Kosten aufgrund eines Verwaltungsgerichtsentscheids gestützt auf das Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge» als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 175/2022](#)). Mit dem Postulat von FDP, SVP und Mitte wurde der Regierungsrat aufgefordert, aufzuzeigen, wie der Kanton den Gemeinden die zu viel bezahlten Kosten für die Heimaufenthalte Jugendlicher zurückerstattet, ohne den sogenannten mittelfristigen Ausgleich zu tangieren.

Der Kantonsrat hat das Postulat der SVP betreffend «Weniger Druck auf das Opfer dank des Berner Modells» als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 324/2021](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert zu prüfen, ob bei der Versorgung von Opfern sexueller oder häuslicher Gewalt, in Anlehnung an das sogenannte «Berner Modell», ein konsiliarischer Beizug des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich (IRM-UZH) eingeführt werden kann.

Der Kantonsrat hat in erster Lesung eine Änderung des Universitätsgesetzes beraten, mit der die Universität Zürich eine eigene Eigentümerstrategie erhalten soll ([5867](#)). Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) gefolgt. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Erhöhung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrads in der Volksschule» von FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois mit Stichentscheid des Kantonsratspräsidenten (88 zu 87 Stimmen) dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag innert zweier Jahre überwiesen ([KR-Nr. 229/2022](#)).

Der Kantonsrat hat mit 88 zu 87 Stimmen eine Motion von GLP, SP, Grünen und EVP abgelehnt, mit der gefordert wurde, für den Tätigkeitsbereich einer Klassenlehrperson im neuen Berufsauftrag (nBa) 200 Stunden pro Jahr (statt wie bisher 100 Stunden) einzusetzen ([KR-Nr. 232/2022](#)).

(nic.)